

**Vertrag für Wartung und Inspektion  
von technischen Anlagen und Einrichtungen  
Unsere WV-Nr.: WV HT000070**

für: **VE-Wasser Anlage**

Gebäude: 4243 Max-Bürger-Forschungszentrum  
Johannisallee 30  
04103 Leipzig

Betreiber der Anlage/n: **UKL, Bereich 5 – Bau und Gebäudetechnik**  
Liebigstraße 18 - Haus B, 04103 Leipzig

Nutzer der Anlage/n: **Universität Leipzig - Medizinische Fakultät**  
Liebigstraße 27, 04103 Leipzig

Bauverwaltende Stelle: **UKL, Bereich 5 – Bau und Gebäudetechnik**  
Liebigstraße 18 - Haus B, 04103 Leipzig

Zwischen **Universitätsklinikum Leipzig AöR (UKL),  
Bereich 5 - Bau und Gebäudetechnik  
- vertreten durch den Vorstand -  
Liebigstraße 18 - Haus B, 04103 Leipzig**

endvertreten durch: **Matthias Müller, Leiter Bereich 5**  
(- nachstehend Auftraggeber (AG) genannt -)

und der Firma: **XXX**  
xxx  
xxx

(- nachstehend Auftragnehmer (AN) genannt -)

wird folgender Vertrag geschlossen:

**1. Gegenstand des Vertrages**

Gegenstand des Vertrages sind Wartung und Inspektion, nachstehend als Wartung bezeichnet, sowie kleine Instandsetzungsarbeiten an den technischen Anlagen und Einrichtungen, nachstehend als Anlagen bezeichnet, die in der/den Bestandsliste/n aufgeführt sind.

☒ Die Bestandsliste/n ist/sind Vertragsbestandteil. (siehe Pkt. 13, Anlage 1)

**2. Leistungen des Auftragnehmers**

2.1. Dem Auftragnehmer werden die in der/den Arbeitskarte/n beschriebenen Leistungen übertragen.

☒ Die Arbeitskarte/n ist/sind Vertragsbestandteil. (siehe Pkt. 13, Anlage 2)

Termine: Nach vorheriger Abstimmung mit dem Instandhaltungskoordinator entsprechend Punkt 4.3.

2.2. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, im Zusammenhang mit der Wartung diejenigen Instandsetzungsarbeiten auszuführen, die zur Wiederherstellung des Sollzustandes unerlässlich sind, nicht ohnehin in der Arbeitskarte erfasst sind und den normalerweise zu erwartenden Zeitaufwand für die Wartung nicht erhöhen.

2.3. Andere Instandsetzungsarbeiten hat der Auftragnehmer auf Anforderung in angemessener Frist auszuführen. Hierfür erstellt der AN kurzfristig ein Angebot und wird vom AG gesondert beauftragt. Auf Übertragung dieser Leistungen besteht kein Rechtsanspruch.

2.4. Der Auftragnehmer ist auch außerhalb der regelmäßigen Wartungstermine verpflichtet, Störungen, die die Anlagensicherheit beeinträchtigen oder die Gebäudenutzung gefährden, nach Aufforderung zu beseitigen. Er hat die Arbeiten unverzüglich

☒ innerhalb der betriebsüblichen Arbeitszeit

☒ auch außerhalb der betriebsüblichen Arbeitszeit (z. B. nachts und an Sonn- und Feiertagen); Mo.-Sa., 20.00 bis 06.00 Uhr, sonn- und feiertags ganztägig

durchzuführen.

2.5. Der Auftragnehmer berücksichtigt bei der Ausführung seiner Leistungen und deren Abrechnung die Gewährleistungszeit und den Gewährleistungsumfang der Anlagen.

**3. Pflichten des Auftragnehmers**

3.1. Der Auftragnehmer hat die Leistungen so auszuführen, dass die Sicherheit der Anlagen erhalten bleibt. Die Betriebsbereitschaft ist während der Leistungserbringung aufrecht zu erhalten, soweit dies möglich ist.

Die gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere die Unfallverhütungsvorschriften sowie die allgemein anerkannten Regeln der Technik sind zu beachten.

Der Auftragnehmer hat die Leistung mit seinem Betrieb zu erbringen. Er darf Teile der

Leistung mit Zustimmung des Auftraggebers an Nachunternehmer übertragen, für den auch die in diesem Vertrag vereinbarten Regelungen gelten. Er ist verpflichtet, entsprechend qualifizierte Fachkräfte einzusetzen.

- 3.2. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle zur Erbringung der Leistungen benötigten Hilfsmittel (z. B. Messgeräte und Werkzeuge) und Hilfsstoffe (z. B. Schmier- und Reinigungsmittel) zu stellen bzw. zu liefern.
- 3.3. Erkennt oder vermutet der Auftragnehmer Mängel oder Schäden, die die Sicherheit oder Betriebsbereitschaft einer Anlage gefährden können, hat er unverzüglich folgende Stelle

**Instandhaltungskoord. J. Schubert                      Tel.: 0341/97-20199**  
**oder den Dispatcher (ständig besetzte Stelle)      Tel.: 0341/97-19286**

zu benachrichtigen und erforderlichenfalls die Außerbetriebnahme der Anlage zu veranlassen. Er hat mündliche Benachrichtigungen schriftlich zu bestätigen. Auf andere Mängel oder Schäden, die nicht unverzüglich beseitigt werden müssen und deren Beseitigung nicht zu den unter 2.1 und 2.2 beschriebenen Leistungen gehören, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich schriftlich hinzuweisen.

- 3.4. Erkennt der Auftragnehmer, dass wegen Änderung der Nutzung, von gesetzlichen Bestimmungen bzw. allgemein anerkannten Regeln der Technik oder aufgrund der nach einer mehrjährigen Betriebsdauer gesammelten Erfahrungen andere Wartungsintervalle notwendig werden, hat er den Auftraggeber darauf hinzuweisen.
- 3.5. Die Fremdfirmenordnung des UKL in der jeweiligen Fassung (Pkt. 13 - Fremdfirmenordnung, Stand: lt. Internetseite des UKL) wird Vertragsbestandteil.

#### **4. Ausführung der Leistung**

- 4.1. Der Auftragnehmer hat die ausgeführten Leistungen in der Arbeitskarte und den in diesem Zusammenhang festgestellten allgemeinen Anlagenzustand einschließlich etwaiger in absehbarer Zeit notwendig werdenden Instandsetzungsleistungen sowie die ggf. ausgewechselten Teile in einem Arbeitsbericht zu dokumentieren.
- 4.2. Bei den besonders zu vergütenden Leistungen nach Pkt. 2.4 sind außerdem Zeitaufwand, Namen und Lohn- bzw. Berufsgruppen (z. B. Monteur) des eingesetzten Personals sowie verwendete Hilfs- und Betriebsstoffe anzugeben.
- 4.3. Als Beauftragter des Auftraggebers bestätigt

**Instandhaltungsordinator J. Schubert**  
**oder der Dispatcher (ständig besetzte Stelle)**

die Durchführung der Arbeiten. Die Bestätigung erstreckt sich nicht auf die fachgerechte Ausführung.

- 4.4. Der Zeitpunkt der Durchführung der Wartungsarbeiten ist mit dem Beauftragten des Auftraggebers rechtzeitig (mind. 14 Tage) vor Beginn abzustimmen.

4.5. Die Wartung ist

☒ innerhalb der betriebsüblichen Arbeitszeit

☐ zu folgenden Zeiten:

durchzuführen.

5. **Vergütung**

5.1. Für die in der/den Bestandsliste/n aufgeführte/n Anlage/n wird/werden nachstehende **jährliche** Vergütung/en<sup>1)</sup> unter Zugrundelegung des zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer geltenden Umsatzsteuersatzes vereinbart:

für	Gemäß Leistungsverzeichnis	von	xx	€ <sup>2)</sup>
für		von		€ <sup>2)</sup>
für		von		€ <sup>2)</sup>
für		von		€ <sup>2)</sup>
für		von		€ <sup>2)</sup>
für		von		€ <sup>2)</sup>
für		von		€ <sup>2)</sup>
für		von		€ <sup>2)</sup>
für		von		€ <sup>2)</sup>
Summe:			xx	€ <sup>2)</sup>
zzgl. Umsatzsteuer			xx	€ <sup>2)</sup>
<b>Gesamtsumme:</b>			<b>xx</b>	<b>€ <sup>2)</sup></b>

<sup>1)</sup> Getrennte jährliche Vergütungen sind nur zu vereinbaren, wenn in einem Vertrag mehrere unterschiedliche Anlagen zusammengefasst werden.

<sup>2)</sup> vom Bieter einzusetzen

Mit dieser Vergütung sind abgegolten:

- die Wartung nach Pkt. 2.1,
- die Instandsetzung nach Pkt. 2.2 mit Lieferung benötigter Klein-/Ersatzteile bis zum Nettowert von insgesamt 25 € je Wartung und Anlage (Ersatzteile mit einem Nettowert über 25 € je Teil werden gesondert vergütet),
- die Kosten für die in Pkt. 3.2 bezeichneten Hilfsmittel und -stoffe,
- die Kosten von entsprechend der Arbeitskarte zu liefernden Materialien,
- die Kosten für die entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen vorzunehmende Entsorgung von ausgetauschten Teilen, Hilfs-/Betriebsstoffen, Abfällen und Verpackungen,
- alle sich aus den Leistungen nach Pkt. 2.1 und 2.2 ergebenden Nebenkosten, z. B. Fahrt- und Transportkosten, Auslösungen, Tage- und Übernachtungsgelder, Schmutz- und Erschwerniszulagen, Überstunden sowie Sonn- und Feiertagszuschläge.

5.2. Leistungen nach Pkt. 2.4 werden wie folgt vergütet (netto):

Stundensatz: Monteur	____,____	€ <sup>2)</sup>
Facharbeiter	____,____	€ <sup>2)</sup>
Meister	____,____	€ <sup>2)</sup>
Ingenieur	____,____	€ <sup>2)</sup>
An- und Abfahrt (pauschal)	____,____	€ <sup>2)</sup>
<hr/>		
Materialzuschlag auf den Einkaufspreis	____	% <sup>2)</sup>
Zuschlag Mo. - Fr., 20:00 – 6:00 Uhr, Sa., 0:00 – 24:00 Uhr	____	% <sup>2)</sup>
Zuschlag Sonn- und Feiertag, 0:00 – 24:00 Uhr	____	% <sup>2)</sup>

<sup>2)</sup> vom Bieter einzusetzen

5.3. Die Vergütung nach Pkt. 5.1 ist ausschließlich der Umsatzsteuer für die Dauer von 12 Monaten von dem für die Angebotsabgabe festgesetzten Termin Festpreis.

☒ Eine Anpassung der Vergütung aus Pkt. 5.1 erfolgt während der gesamten Vertragslaufzeit - ausgenommen § 313 BGB - nicht.

☐ Ändert sich nach Ablauf dieser Frist der maßgebende Lohn, so kann auf Verlangen jedes Vertragspartners die jährliche Vergütung nach folgender Preisgleitklausel angepasst werden:

$$K_n = K \cdot \left( P_A + P_L \cdot \frac{L_n}{L} \right)$$

Dabei bedeuten:

K = Vergütung bei Vertragsangebot (ohne Umsatzsteuer)

K<sub>n</sub> = neue Vergütung

P<sub>A</sub> = 0, <sup>2)</sup> = Allgemeinkostenanteil

P<sub>L</sub> = 0, <sup>2)</sup> = Lohnkostenanteil (P<sub>A</sub>+P<sub>L</sub>= 1)

L = <sup>2)</sup> €/Std. = Lohn der maßgebenden Lohngruppe bei Vertragsangebot

L<sub>n</sub> = neuer Lohn der maßgebenden Lohngruppe

maßgebender Tarifvertrag: <sup>2)</sup>

(Bei tariflosem Zustand gelten die maßgebenden orts- oder gewerbeüblichen Betriebsvereinbarungen.)

maßgebende Lohngruppe: <sup>2)</sup>

(z. B. für die Eisen-, Metall- und Elektroindustrie der Monatsgrundlohn, Lohn eines Facharbeiters der Lohngruppe 7 im summarischen System)

<sup>2)</sup> vom Bieter einzusetzen

Die Anpassung erfolgt im Folgemonat nach Erbringung des Nachweises der Änderung des maßgebenden Lohnes durch den Auftragnehmer.

5.4. Der Nettowert von im Zusammenhang mit Leistungen nach Pkt. 2.4 oder 5.1 benötigten Ersatzteilen wird anhand von Listenpreisen ermittelt.

5.5. Bei Mängelhaftung des Auftragnehmers aus der Errichtung der Anlage/n wird für zur Erfüllung dieser Pflicht erbrachte Leistungen keine Vergütung gewährt.

5.5.1. Die Vergütung wird gezahlt:

- ☒ jährlich nach erfolgter Leistungserbringung
- ☐ in Teilbeträgen halbjährlich nach erfolgter Leistungserbringung
- ☐ nach erfolgter Leistungserbringung und Abnahme.

5.5.2. Die Zahlungskonditionen betragen:

innerhalb von 30 Tagen rein netto

5.6. Die Rechnung/en (mit unterschriebenen Arbeitsscheinen/Serviceberichten o. ä.) ist/sind an folgende Anschrift zu senden\*:

**Universität Leipzig – Medizinische Fakultät**

- Zentraler Rechnungseingang -

Liebigstraße 18 - Haus B

04103 Leipzig

[rechnung.04-200@medizin.uni-leipzig.de](mailto:rechnung.04-200@medizin.uni-leipzig.de)

\* entsprechend Einzelbeauftragung

**6. Mängelansprüche**

Es gelten die gesetzlichen Mangelgewährleistungsansprüche, insbesondere §§ 634a ff. BGB. Die Wahl der Nachbesserung oder Neuherstellung hat so zu erfolgen, dass eine schnellstmögliche Inbetriebnahme erfolgen kann.

**7. Haftung**

7.1. Werden im Zusammenhang mit der Erbringung von vereinbarten Leistungen Schäden an den Anlagen verursacht, hat der Auftragnehmer die Schäden unverzüglich zu beseitigen, wenn ihn, seine Erfüllungsgehilfen oder durch den Auftragnehmer beauftragte Dritte Verschulden trifft.

Werden im Zusammenhang mit der Erbringung von vereinbarten Leistungen andere Schäden verursacht, hat der Auftragnehmer in vollem Umfang Ersatz zu leisten, wenn ihn, seine Erfüllungsgehilfen oder durch den Auftragnehmer beauftragte Dritte Fahrlässigkeit oder Vorsatz trifft.

7.2. Soweit in dieser Vereinbarung nicht anderweitig geregelt, haften die Parteien im Falle einer vertraglichen oder außervertraglichen Pflichtverletzung nach den gesetzlichen Bestimmungen. Nichts in dieser Vereinbarung soll die Haftung der Parteien ausschließen oder einschränken, soweit dies nicht gesetzlich ausgeschlossen oder beschränkt werden darf, wie insbesondere in Fällen einer Haftung für:

- a) die Verletzung des Lebens, Körpers oder der Gesundheit; Kardinalspflichten aus diesem Vertrag;
- b) Betrug oder vorsätzliche Falschdarstellung durch eine der Parteien oder seine Mit-

- arbeiter, Erfüllungsgehilfen oder Subunternehmer;  
c) die ausdrückliche Übernahme einer Garantie durch die jeweilige Partei *oder*  
d) im Falle einer gesetzlich zwingenden Haftung, z. B. nach dem Arzneimittelgesetz  
oder dem Produkthaftungsgesetz.

7.3. Der Auftragnehmer hat eine Haftpflichtversicherung abzuschließen, die Sach-, Vermögens- und Personenschäden in nachfolgender Höhe abdeckt und die auf Verlangen nachzuweisen ist (siehe Anlage 3):

- |                                       |             |                 |
|---------------------------------------|-------------|-----------------|
| - Personen- und Sachschäden pauschal: | 3.000.000 € | je Vertragsjahr |
| - Vermögensschäden                    | 250.000 €   | je Vertragsjahr |
- (jeweils 2-fach maximiert je Versicherungsjahr)

## 8. Vertragslaufzeit, Kündigung und Leistungsänderungen

8.1. Die Laufzeit des Vertrages beginnt

- ☐ am **xx.xx.202x; Ende:xx.xx.20xx.**  
☒ an dem der förmlichen Abnahme der Bauleistung nach VOB/B, § 12 folgenden Tag und beträgt ☒ **vier Jahre** oder ☐ **10 Jahre.**

Sollte durch Beanstandungen des Auftraggebers eine Verlängerung der Gewährleistung der Anlage/n zur Folge haben, gilt dies analog für den Wartungsvertrag.

Dem Auftraggeber wird ein **einmaliges Sonderkündigungsrecht** zur Beendigung des Vertrags nach Ablauf von vier Jahren eingeräumt. Die Kündigung muss unter Wahrung einer Frist von **drei Monaten in schriftlicher Form** erfolgen.

- ☒ Eine Verlängerung der Laufzeit des Vertrages jeweils um ein weiteres Jahr gilt als vereinbart, wenn der Vertrag nicht spätestens **drei Monate vor Ablauf der Laufzeit** schriftlich gekündigt wird.  
☐ Eine Verlängerung der Laufzeit des Vertrages ist nicht vorgesehen.

8.2. Eine fristlose Kündigung ist nur aus wichtigem Grund möglich. Als wichtiger Grund gilt insbesondere, wenn:

- der Vertrag zur Erstellung der Anlage/n vorzeitig beendet worden ist,
- die in der/den Bestandsliste/n aufgeführte/n Anlage/n verkauft oder nicht nur vorübergehend außer Betrieb genommen werden sollen,
- die in der/den Bestandsliste/n aufgeführte/n Anlage/n aus rechtlichen Gründen von Dritten gewartet werden müssen,
- der Auftragnehmer seine Leistung nicht oder nicht vertragsgemäß erbracht hat (§ 323 BGB),
- der Betrieb des Auftragnehmers infolge wesentlicher Änderungen der Anlage/n nicht mehr auf die dann erforderlichen Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten eingerichtet ist,
- über das Vermögen des Auftragnehmers das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist oder die ordnungsgemäße Abwicklung des Vertrages dadurch in Frage gestellt ist oder dass er seine Zah-

lungen nicht nur vorübergehend einstellt.

- 8.3. Wird ein Teil der in der/den Bestandsliste/n aufgeführte/n Anlage/n nicht nur vorübergehend außer Betrieb genommen, ist eine angemessene Herabsetzung der Vergütung zu vereinbaren.
- 8.4. Werden die in der/n Bestandsliste/n aufgeführten Anlagen oder Teile davon vorübergehend außer Betrieb gesetzt, entfallen für diesen Zeitraum Leistungs- und Vergütungspflicht in entsprechendem Umfang.
- 8.5. Werden die in der Bestandsliste aufgeführten Anlagen wesentlich verändert, kann eine entsprechende Änderung der Leistungs- und Vergütungspflicht verlangt werden.

## **9. Pflichten des Auftraggebers**

- 9.1. Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer zur Durchführung seiner Leistung die vorhandenen Einrichtungen, Versorgungsanschlüsse und Betriebsstoffe (z. B. Strom, Wasser, Brennstoffe) kostenlos zur Verfügung zu stellen und Zutritt zu den Anlagen und Versorgungsanschlüssen unter Berücksichtigung von Pkt. 4.4 zu verschaffen.

## **10. Gerichtsstand**

Als Gerichtsstand wird für beide Seiten Leipzig vereinbart, soweit der Auftraggeber keine Prozessvertretung beauftragt.

## **11. Datenschutz**

- 11.1. Bei der Durchführung der Kooperationen sind die gesetzlichen Vorschriften des Datenschutzes zu beachten.
- 11.2. Die Vertragsparteien verpflichten sich, zur Erfüllung der Aufgaben aus dem Kooperationsvertrag einander auf Anfrage oder Abforderung alle notwendigen hausinternen Daten zur Verfügung zu stellen. Die Vertragspartner werden alle gegenseitig zugänglich gemachten Informationen technischer und geschäftlicher Art sowie Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vertraulich mit der erforderlichen Sorgfalt und unter Beachtung der Grundsätze des Datenschutzes behandeln und verwahren und nicht an Dritte, ohne ausdrückliche Genehmigung des jeweils anderen Vertragspartners, weitergeben.
- 11.3. Beide Parteien haben für ihre Organisation jeweils einen Datenschutzbeauftragten bestellt, der seine Tätigkeiten gemäß Art. 38 DSGVO ausübt.
- 11.4. Die Parteien verarbeiten personenbezogene Daten der jeweils anderen Vertragspartei, und deren Mitarbeiter (wie z.B. Name, geschäftliche Kontaktdaten, Position und Funktion im Zusammenhang mit diesem Vertrag) zum Zwecke der Vertragsdurchführung, um eventuell anwendbare gesetzliche Verpflichtungen zu beachten oder für Hintergrundprüfungen. Diese personenbezogenen Daten werden so lange aufbewahrt wie die vertraglichen Rechte und Pflichten aus dem Vertrag und die eventuell anwendbaren gesetzlichen Rechte und Pflichten von oder gegen einen der Kooperationspartner durchgesetzt werden können. Nur für die oben genannten Zwecke können die Parteien diese vertragsbezogenen personenbezogenen Daten in zentralisierten Datenbanken speichern und sie an andere Konzernunternehmen, auch weltweit, an Dienstleister und



an Aufsichtsbehörden weitergeben bzw. offenlegen. Die USA, wie grundsätzlich auch andere Nicht-EWR Staaten, haben keine mit dem europäischen Recht vergleichbaren Datenschutzgesetze. Für Übermittlungen aus dem EWR in Länder, die von der Europäischen Kommission als nicht ausreichend bzgl. des Datenschutzniveaus erachtet werden, hat die jeweils übermittelnde Partei sowohl innerhalb des Konzerns als auch gegenüber Dienstleistern angemessene Maßnahmen zu treffen, wie z.B. die Sicherstellung, dass der Empfänger an EU-Standardvertragsklauseln gebunden ist oder ähnliche Garantien unter europäischem Recht, um die personenbezogenen Daten zu schützen (vgl.: [http://ec.europa.eu/justice/data-protection/international-transfers/transfer/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/justice/data-protection/international-transfers/transfer/index_en.htm)). Eine Liste der Länder, deren Datenschutzniveau von der EU-Kommission als vergleichbar gut wie das der EWR – Staaten angesehen wird, findet man unter [http://ec.europa.eu/justice/data-protection/international-transfers/adequacy/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/justice/data-protection/international-transfers/adequacy/index_en.htm). Weitere Informationen zu den Schutzmaßnahmen können Sie auch beim Datenschutzbeauftragten oder die hierfür verantwortliche Stelle/Person der jeweiligen Partei erhalten. Betroffene können ihre Rechte z.B. auf Auskunft, Löschung, Sperrung, Übertragung etc. bei der jeweiligen Partei geltend machen. Betroffene haben ein Beschwerderecht gegenüber ihrer zuständigen Aufsichtsbehörde für Datenschutz. Die Datenübermittlung von Mitarbeiterdaten außerhalb des EWR-Raumes die kein angemessenes Datenschutzniveau aufweisen unterliegt der vorherigen Einwilligung des betroffenen Mitarbeiters.

## **12. Schriftform und salvatorische Klausel**

- 12.1. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages sowie den Vertrag betreffende Mitteilungen bedürfen der Schriftform, wenn sie bedeutsam für die weitere Vertragsabwicklung sind (z. B. Preisanpassung, Leistungsänderung, Wechsel von Ansprechpersonen).
- 12.2. Durch die etwaige Ungültigkeit einer oder mehrerer Bestimmungen dieses Vertrages wird die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Wenn und soweit eine der Bestimmungen dieses Vertrages gegen zwingende gesetzliche Vorschriften verstoßen sollte, sind die Vertragspartner verpflichtet, diese durch eine Vereinbarung zu ersetzen, die den gewollten Zweck wirtschaftlich gleichwertig erreicht.

**13. Anlagen zum Vertrag**

Die Anlagenauflistung (Anlage 1) und die Arbeitskarte/n (Anlage 2) für folgende Anlagenarten sind Vertragsbestandteil:

- ☒ KG 410 Abwasser-, Wasser-, Gasanlagen (LK 4.0.1 – LK 4.2.9)
- ☐ KG 420 Wärmeversorgungsanlagen
- ☐ KG 430 Lufttechnische Anlagen
- ☐ KG 435 Kälteanlagen
- ☐ KG 441 Hoch- und Mittelspannungsanlagen
- ☐ KG 442 Eigenstromversorgungsanlagen
- ☐ KG 443 Niederspannungsschaltanlagen
- ☐ KG 473 Druckluftversorgungsanlagen
- ☐ KG 480 Gebäudeautomation / MSR-Anlagen
- ☐ KG
- ☒ sonstige Anlagen: <https://www.uniklinikum-leipzig.de/Documents/fremdfirmenordnung-uniklinikum-leipzig.pdf>
- ☒ sonstige Anlagen: Kopie Betriebshaftpflichtversicherung (Anlage 3)
- ☒ sonstige Anlagen: Reaktionszeiten (Anlage 4)
- ☒ sonstige Anlagen: Ergänzungsbaustein „Vertraulichkeitsklausel“ (Anlage 5)
- ☒ sonstige Anlagen: Freistellungsbescheinigung (Anlage 6)
- ☒ sonstige Anlagen: Lageplan (Anlage 7)

für den Auftraggeber UKL:

Leipzig, .....

-----  
**Matthias Müller**  
Leiter Bereich 5

für den Auftraggeber UKL:

Leipzig, .....

-----  
**Jens Kühne**  
Abteilungsleiter Technik

für den Auftragnehmer:

....., .....

-----  
**Name / Unterschrift**  
Stempel

*(Vertrag in Anlehnung an AMEV)*

## Erläuterungen zum Vertrag

### Vertrag für Wartung und Inspektion von technischen Anlagen und Einrichtungen

zu 1. Gegenstand des Vertrages

*Im Anhang 1 sind Art, Standort, Baujahr und technische Daten der technischen Anlage/n und Einrichtung/en so genau und umfassend anzugeben, dass der Leistungsgegenstand eindeutig beurteilt werden kann.*

zu 2.1 Dem Auftragnehmer werden ...

*Die Arbeitskarten enthalten eine Auflistung üblicher Wartungs- und Inspektionsarbeiten.*

*Soweit dies wegen der Eigenart der Anlage notwendig ist, kann das Ermitteln des Leistungsumfanges durch Auswahl aus der Arbeitskarte, nötigenfalls durch Änderungen oder Ergänzungen, den Bietern überlassen werden.*

*Soweit die Arbeitskarte mehrere mögliche Fristen vorsieht, ist die Frist nach den Erfordernissen der Anlage/n in der Arbeitskarte zu bestimmen. soweit es wegen der Eigenart der Anlage/n notwendig ist, kann den Bietern die Bestimmung der Frist überlassen werden.*

*In die Arbeitskarte sind auch die Stoffe und Teile aufzunehmen, die für die Wartungsleistungen benötigt werden und nicht Hilfsmittel im Sinne der Nr. 3.2 sind.*

*Mehrausfertigungen der endgültigen Arbeitskarte/n, die Bestandteil des Vertrages werden, sind vor Ort als Checkliste zu verwenden und gem. Nr. 4.1 mit Erledigungsvermerken zu versehen.*

zu 2.4 Der Auftragnehmer ist ...

*Da der geforderte Umfang der Einsatzbereitschaft die Kosten wesentlich beeinflusst, ist - soweit möglich - zu vereinbaren, dass Störungen innerhalb der betriebsüblichen Arbeitszeit zu beseitigen sind.*

*Ist zu erwarten, dass die Störungsbeseitigung erhebliche Kosten verursacht und kann eine Unterbrechung des Betriebs der Anlage/n hingenommen werden, ist der Auftragnehmer zunächst nur aufzufordern, die Ursachen der Störung zu ermitteln und die voraussichtlichen Kosten für die Beseitigung anzugeben.*

zu 3.1 Der Auftragnehmer hat ...

*Die aus Rechtsvorschriften sich ergebenden Pflichten des Betreibers werden durch den Abschluss eines Wartungsvertrages nicht eingeschränkt.*

zu 7.2 Der Auftragnehmer hat ...

*Der Auftragnehmer haftet nicht, wenn er nachweist, dass er den Schaden nicht schuldhaft herbeigeführt hat.*

zu 8.4 Werden die in der/n Bestandsliste/n ...

*Die Absicht, Anlagen außer Betrieb zu setzen, ist dem Auftragnehmer möglichst frühzeitig mitzuteilen. Dabei ist die voraussichtliche Dauer der vorübergehenden Außerbetriebsetzung anzuzeigen.*

*Für die bei der Außerbetriebsetzung und Wiederinbetriebnahme ggf. erforderlichen Leistungen sind ergänzende Vereinbarungen zu treffen.*